

Studien und Beiträge zum Öffentlichen Recht

Die Schriftenreihe *Studien und Beiträge zum Öffentlichen Recht (StudÖR)* wurde als Äquivalent zur renommierten Reihe *Jus Publicum* gegründet. Sie bietet herausragenden Dissertationen aus dem Bereich des öffentlichen Rechts eine ansprechende Plattform und deckt sämtliche Fächer des öffentlichen Rechts ab, insbesondere also das Verfassungsrecht (einschließlich Grundrechtstheorie, Methodenlehre und Allgemeine Staatslehre) und das Verwaltungsrecht. Fächerübergreifende und fachgebietsübergreifende Themenstellungen sind dabei nicht ausgeschlossen, solange der Schwerpunkt der Arbeit im öffentlichen Recht einschließlich seiner europarechtlichen beziehungsweise international- und völkerrechtlichen Bezüge zu finden ist. Um die hohe Qualität der in dieser Reihe veröffentlichten Dissertationen zu gewährleisten, werden nur Arbeiten zur Veröffentlichung in Betracht gezogen, die in beiden Gutachten uneingeschränkt mit summa cum laude bewertet wurden.

Ansprechpartnerin:

Daniela Taudt, LL.M. Eur.

Programmleitung Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Grundlagen

ISSN: 1867-8912 - Zitiervorschlag: StudÖR

Stand: 01.12.2020. Preisänderungen vorbehalten.

Jetzt bestellen:

https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/studien-und-beitraege-zum-oeffentlichen-recht-studoer?no_cache=1

order@mohrsiebeck.com

Telefon: +49 (0)7071-923-0

Telefax: +49 (0)7071-51104



von Landenberg-Roberg, Michael

Elternverantwortung im Verfassungsstaat

Rekonstruktion der Grundrechtsdogmatik des Art. 6 Abs. 2 GG

Band 49
2021. XXVIII, 890 Seiten.

ISBN 9783161593345
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161593352
eBook PDF 149,00 €

Die Elternverantwortung bildet als persönlichkeitsentfaltendes Interaktionsverhältnis von Eltern und Kind ein besonders komplexes Grundrecht und ist angesichts der Pluralisierung und Segmentierung von Elternschaft besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Michael von Landenberg-Roberg rekonstruiert die Entwicklungsgeschichte des Art. 6 Abs. 2 GG als kontextsensible Problemgeschichte und entwirft die Strukturen für seine zukunftsorientierte grundrechtsdogmatische Operationalisierung. Dabei zeigt er zugleich exemplarisch auf, mit welchen Formen und Figuren sich Problemstellungen grundrechtsintern überzeugend rekonstruieren lassen und wie sich semantische Interpretation und dogmatische Konstruktion wechselseitig beeinflussen. Dies ist methodisch eine Studie zur Funktionsweise und Leistungsfähigkeit von Grundrechtsdogmatik und inhaltlich eine problemsensible Konstruktion der Elternverantwortung. Die Arbeit wurde mit dem Promotionspreis der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin 2020 ausgezeichnet.

Bethge, Johannes

Der Sachverhalt der Normenkontrolle

Band 48
2020. XII, 247 Seiten.

ISBN 9783161592195
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161592201
eBook PDF 84,00 €

Der Sachverhalt spielt für Gerichtsentscheidungen eine zentrale Rolle. Auch in der Normenkontrolle sind Gerichte mit Tatsachenfragen konfrontiert. Jedoch geht es hier um andere Tatsachen: um allgemeine Wirkungszusammenhänge, nicht um Einzelfälle. Die Sachverhaltsfeststellung kann deshalb nicht in gleicher Weise in ein Gerichtsverfahren eingebettet werden. Zugleich sehen sich die Gerichte in der Normenkontrolle dem Gesetzgeber gegenüber, der im Modus der politischen Entscheidung mit Tatsachen und Unsicherheiten ganz anders umgeht. Wie können Gerichte trotz dieser Unterschiede den Begründungserfordernissen des eigenen Verfahrens genügen? Und wie wirken sich die verschiedenen Vorgehensweisen auf das Gesetzgebungsverfahren aus? Johannes Bethge erarbeitet diese Fragestellungen vergleichend und mit Blick auf den Gerichtshof der Europäischen Union und das Bundesverfassungsgericht.

Lenz, Stefan

Kommunalverwaltung und Demokratieprinzip

Band 47
2020. XVII, 395 Seiten.

ISBN 9783161594014
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161594021
eBook PDF 84,00 €

Das Phänomen einer demokratischen Kommunalverwaltung im demokratischen Gesamtstaat lässt der Rechtswissenschaft seit der Weimarer Republik keine Ruhe. Stefan Lenz widmet sich aus rechtsdogmatischer Sicht unter Einbeziehung rechtshistorischer, rechtstheoretischer und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse dem Verhältnis von Kommunalverwaltung und Demokratieprinzip unter dem Grundgesetz. Neben der Dogmatik der »Legitimationsketten« sowie den Organisationsprinzipien der Dezentralisation und der Selbstverwaltung schenkt er dem Kommunalwahlrecht besondere Aufmerksamkeit. Seine Studie leistet einen Beitrag zu einem fundierteren Verständnis des grundgesetzlichen Demokratieprinzips und zur Strukturanalyse des Verwaltungsorganisationsrechts. Er legt der Rechtswissenschaft eine multiperspektivische Betrachtung von Wahlsystemen nahe.

Wolff, Daniel

Der Einzelne in der offenen Staatlichkeit

Grundgesetzlicher Grundrechtsschutz in der zwischenstaatlichen Kooperation

Band 46
2020. XXV, 462 Seiten.

ISBN 9783161588532
Leinen 109,00 €

ISBN 9783161588549
eBook PDF 109,00 €

Zur Bewältigung der Herausforderungen von Globalisierung und Internationalisierung bedarf es zunehmend bi- und multilateraler Kooperationen. Zwischenstaatliche Kooperationen bergen allerdings auch beachtliches Gefährdungspotential für die davon betroffenen Individuen. Dieses Gefährdungspotential sowie die rechtlichen Wechselbeziehungen von grundgesetzlichem Grundrechtsschutz, der Verfassungsentscheidung für die offene Staatlichkeit und völker- bzw. unionsrechtlichen Vorgaben stellen die Grundrechtsdogmatik vor komplexe Herausforderungen. Sich diesen Herausforderungen annehmend erarbeitet Daniel Wolff eine allgemeine Grundrechtsdogmatik für Fallgestaltungen internationaler Zusammenarbeit und skizziert auf diese Weise grundgesetzliche Grenzen der zwischenstaatlichen Kooperation.



Klenner, Stephan

Schülergrundrechte

Zum Spannungsverhältnis von Grundrechten, Elternrecht und staatlichem Auftrag bei politischer und journalistischer Betätigung minderjähriger Schüler. Zugleich ein Beitrag zur parteirechtlichen Einordnung politischer Schülervereinigungen

Band 45
2019. XV, 258 Seiten.

ISBN 9783161576584
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161576591
eBook PDF 74,00 €

Politische und journalistische Schüleraktivitäten sind umstritten: Dürfen Schüler dem Unterricht fernbleiben, um politische Ziele durchzusetzen? Sollte die Schulleitung Einfluss auf den Inhalt von Schülerzeitungen haben? In welchem Umfang ist die Arbeit politischer Schülervereinigungen zulässig?

Stephan Klenner untersucht, welche Vorgaben das Grundgesetz dazu macht. Nicht nur der staatliche Schulauftrag, sondern auch die Rechte von Mitschülern und Eltern begrenzen politische und journalistische Schüleraktivitäten. Andererseits verlangt das Grundgesetz aber auch, ein Mindestmaß an Engagement zuzulassen. Der Autor stellt fest, dass nicht alle Bundesländer die grundgesetzlichen Vorgaben zu Schüleraktivitäten in ihrem Schulrecht berücksichtigen. Er analysiert außerdem den parteirechtlichen Status politischer Schülervereinigungen und gibt einen historischen Überblick zu deren Arbeit.

Hilpert, Johannes

Begründungspflicht des Bundesverfassungsgerichts?

§ 93d Abs. 1 S. 3 BVerfGG im Widerstreit mit verfassungs- und konventionsrechtlichen Vorgaben

Band 44
2019. XXVIII, 508 Seiten.

ISBN 9783161577130
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161577147
eBook PDF 114,00 €

Einen Großteil der Verfassungsbeschwerden lehnt das Bundesverfassungsgericht ab, ohne den Beschwerdeführern die Gründe hierfür mitzuteilen. Als Rechtsgrundlage für die Möglichkeit zum Begründungsverzicht fungiert § 93d Abs. 1 S. 3 BVerfGG – eine Norm, die auf verfassungsrechtliche Bedenken trifft, zugleich aber auch die Erhebung der Individualbeschwerde zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte behindert. Johannes Hilpert fragt nach verfassungs- und konventionsrechtlichen Begründungsgeboten und gewichtet Funktionen der Begründung des Nichtannahmebeschlusses im Kontext des Annahmeverfahrens der Verfassungsbeschwerde. Dabei zeigen sich die in der Begründung angelegten Falsifikationsmöglichkeiten mitnichten als Garant vollumfänglicher Entscheidungsrichtigkeit, wohl aber als unverzichtbarer Mechanismus, um demokratische Kontrolle und eine Prüfung auf Einhaltung der Gesetzesbindung zu eröffnen.

Bach, Michael

Der kommunale Finanzausgleich als Existenzsicherung der Selbstverwaltungsgarantie

Eine dogmatische und rechtstheoretische Analyse des Gemeindefinanzsystems

Band 43
2019. XXII, 443 Seiten.

ISBN 9783161547454
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161547461
eBook PDF 84,00 €

Der kommunale Finanzausgleich der Bundesländer besitzt für die Menschen vor Ort eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, sorgt er doch dafür, dass die von den Bürgern erwarteten und auch die erwartbaren öffentlichen Einrichtungen vor Ort vorgehalten werden können. Gerade angesichts der Flüchtlingskrise sind die Kommunen finanziell und personell stärker denn je gefordert. Die eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung der kommunalen Entscheidungsträger setzt jedoch eine substantielle finanzielle Leistungsfähigkeit voraus, welche zwar vom Grundgesetz und den Landesverfassungen garantiert wird, jedoch in der Praxis der Finanzausgleichsgesetzgebung oftmals nicht erreicht wird. Aufbauend auf den jahrzehntelangen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der Frage einer aufgabenangemessenen Finanzausstattung, leitet Michael Bach anhand integrativer rechtstheoretischer Überlegungen ein innovatives Modell aus der Verfassung ab, welches geeignet erscheint, den »ewigen Missstand« zu beenden.

Kruse, Frauke

Die verfassungsrechtlichen Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung

Zur Gesetzmäßigkeit der Rechtsprechung unter dem Grundgesetz

Band 42
2019. XI, 222 Seiten.

ISBN 9783161576171
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161576188
eBook PDF 64,00 €

Wie weit reicht die Befugnis der Rechtsprechung zur Fortbildung des Rechts unter dem Grundgesetz? Eine sichere Antwort auf diesen grundlegenden Aspekt der Gewaltenteilung ist trotz fortwährender Richterrechtsdebatte noch nicht gefunden. Was genau die Kriterien für die Beurteilung richterlich fortgebildeten Rechts als zulässig oder unzulässig sind, erscheint angesichts der wenig expliziten Aussagen des Grundgesetzes oft vage, wenn nicht gar beliebig. In der Analyse der einschlägigen bundesverfassungsrechtlichen Rechtsprechung wird deutlich, wie unsicher das verfassungsrechtliche Fundament ist. Den etablierten Denkmustern zur verfassungsrechtlichen Einhegung des Richterrechtsproblems stellt Frauke Kruse daher einen neuen Ansatz gegenüber. Ihre Kernfrage lautet, ob und mit welchen Konsequenzen die Lehre vom Vorbehalt des Gesetzes den Umgang mit dem Phänomen der richterlichen Rechtsfortbildung anleiten kann.



Ostermann, Gregor-Julius

Transparenz und öffentlicher Meinungsbildungsprozess

Eine verfassungsrechtliche Untersuchung

Band 41
2019. XVII, 530 Seiten.

ISBN 9783161568084
Leinen 119,00 €

ISBN 9783161568091
eBook PDF 119,00 €

Transparenz wird als Grundlage des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses angesehen, dem seinerseits eine ganz besondere Bedeutung innerhalb einer demokratischen Ordnung zukommen soll. Dass der Staat eine solche Transparenz herstellt, scheint äußerst begrüßenswert. Bislang ist jedoch weitgehend unerörtert geblieben, wie eine derartige »Transparenz« methodisch und verfassungsrechtlich einzuordnen ist. Ist Transparenz ein eigenständiger und legitimer Zweck der Gesetzgebung, wie es das Bundesverfassungsgericht betont? Und wie lautet die Antwort des Verfassungsrechts auf eine staatliche Transparenzschaffung, die dem öffentlichen Meinungsbildungsprozess dienen soll, aber deren Gegenstand Rechtssubjekte sind, die sich dem Staat gerade nicht zuordnen lassen, die nicht Objekt, sondern vielmehr Subjekt demokratischer Legitimation sind?

Egidy, Stefanie

Finanzkrise und Verfassung

Demokratisches Krisenmanagement in Deutschland und den USA

Band 40
2019. XXIII, 741 Seiten.

ISBN 9783161550386
Leinen 134,00 €

ISBN 9783161552137
eBook PDF 134,00 €

Die Finanzkrise 2007–2009 stellte die betroffenen Staaten vor die Herausforderung, effektive Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte zu ergreifen. Dabei stand die vielfach geäußerte Forderung, »das Nötige« zu tun im Spannungsverhältnis zu den Bedingungen der verfassungsrechtlich determinierten Systeme der Gewaltenteilung. Das in Deutschland und den USA jeweils auf nationalstaatlicher Ebene umgesetzte Finanzkrisenmanagement begründete deshalb trotz seiner Erfolge bei der Stabilisierung der Finanzmärkte verfassungsrechtlichen Aufarbeitungsbedarf. Der deutsche Gesetzgeber übertrug weite Entscheidungsgewalt zur Finanzmarktstabilisierung an die Exekutive. Im Gegensatz zu den USA verzichtete er allerdings auf die Schaffung wirksamer Kontrollmechanismen und Transparenzpflichten. Stefanie Egidy arbeitet rechtsvergleichend die Entscheidungsparameter, Zielkonflikte und Grenzen des jeweiligen staatlichen Finanzkrisenmanagements heraus. Sie zeigt, dass die deutschen Maßnahmen aufgrund ihrer Legitimationsdefizite auch in zukünftigen Finanzkrisen keine Vorbildwirkung entfalten dürfen.

Chatziathanasiou, Konstantin

Verfassungsstabilität

Eine von Artikel 146 Grundgesetz ausgehende juristische und (experimental-)ökonomische Untersuchung

Band 39
2019. XII, 208 Seiten.

ISBN 9783161565045
Leinen 74,00 €

ISBN 9783161565052
eBook PDF 74,00 €

Wann ist eine Verfassung stabil? Konstantin Chatziathanasiou geht der Frage interdisziplinär nach. Dazu setzt er bei Artikel 146 Grundgesetz an. Diese rätselhafte Schlussvorschrift verweist auf Bedingungen jenseits des rein Rechtlichen. Die politische Ökonomie beschreibt diese Bedingungen näher: Die Verfassung muss unterschiedliche Interessen so in Ausgleich bringen, dass die Befolgung im Eigeninteresse der Adressaten liegt. Die quantitative Verfassungsvergleichung gibt weitere Anhaltspunkte – ohne aber Ursachen und Wirkungen bestimmen zu können. Hier liegt die Stärke von Entscheidungsexperimenten, in denen verfassungstheoretisch relevante Annahmen unter kontrollierten Bedingungen geprüft werden. In einem eigenen Experiment untersucht der Autor die Akzeptanzbedingungen einer sozialen Ordnung. Die Ergebnisse deuten auf die Rolle von (materieller) Gleichheit hin und leisten einen Beitrag zu einer Theorie der stabilen Verfassung.

O'Hara, Laurence

Konsistenz und Konsens

Die Anforderungen des Grundgesetzes an die Folgerichtigkeit der Gesetze

Band 38
2018. XVI, 267 Seiten.

ISBN 9783161557354
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161557361
eBook PDF 84,00 €

Konsistenzgebote haben sich in der Verfassungsrechtsprechung der »Berliner Republik« etabliert. Die Anforderungen verbinden Pflichten mit Spielräumen für den Gesetzgeber. Sie scheinen prädestiniert als Maßstäbe eines Gerichts, das zugleich Rationalität gewährleisten und politische Freiheit wahren muss. Und doch stoßen sie auf tiefgreifende Bedenken. Bei vielen gelten sie als übermäßige Beschränkungen der Politik. Laurence O'Hara schlägt eine Lesart vor, die sowohl die Rationalitäts-, als auch die demokratischen Gestaltungsansprüche einer heutigen Gesellschaft berücksichtigt. Er bezieht ein, was die Nachbarwissenschaften über die Eigenheiten und Bedürfnisse politischen Entscheidens verraten. Darauf aufbauend verankert er die neuen Gebote in einer integrativen Konzeption des demokratischen Verfassungsstaats. Diese verarbeitet Rechtsstaat und Demokratie nicht -- wie traditionell üblich -- bloß als Gegengewichte, sondern trägt den Gemeinsamkeiten und Wechselwirkungen der beiden Institutionen Rechnung.



Kromrey, Ilka

Belastungskumulation

Ein Beitrag zur Erweiterung des grundrechtlichen Eingriffsbegriffs

Band 37
2018. XII, 223 Seiten.

ISBN 9783161555374
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161555381
eBook PDF 59,00 €

Angesichts der zunehmend komplexeren Normensysteme und der kaum einschätzbaren Wirkungen der verschiedenen staatlichen Handlungsinstrumente sieht sich der Einzelne immer häufiger einem Zusammenspiel staatlicher Maßnahmen ausgesetzt, dem die herkömmliche Eingriffsdogmatik nicht gerecht wird. Denn der allgemein bekannte Prüfungsdreischritt – Schutzbereich, Eingriff, Rechtfertigung – wird für jede staatliche Belastung einzeln durchlaufen, ohne Verstärkungseffekte daneben wirkender Belastungen zu berücksichtigen. Wenn aber nach dem modernen Eingriffsbegriff die freiheitsverkürzende Wirkung staatlichen Handelns maßgeblich ist, um rechtfertigungsbedürftige Schutzbereichsbeeinträchtigungen zu identifizieren, dürfen verstärkende Effekte aus dem Zusammenspiel staatlicher Maßnahmen nicht unbeachtet bleiben. Der punktuelle Ansatz muss daher überwunden und der Eingriffsbegriff für kumulierende Belastungen geöffnet werden.

Vogelsang, Jennifer

Kommunikationsformen des Internetzeitalters im Lichte der Kommunikationsfreiheiten des Grundgesetzes

Band 36
2017. XXII, 282 Seiten.

ISBN 9783161553783
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161553790
eBook PDF 79,00 €

Die modernen Kommunikationsmedien durchdringen seit dem Siegeszug der digitalen Revolution den Alltag eines jeden und beeinflussen das gesellschaftliche Miteinander tiefgreifend. Internetbasierte Technologien bieten neue Möglichkeiten des Austauschs und des Zusammenwirkens. Diese historisch gesehen immer noch jungen Entwicklungen werfen eine Vielzahl verfassungs- und verwaltungsrechtlicher Fragen auf, die Jennifer Vogelsang ausgehend von einer kommunikations- bzw. sozialwissenschaftlichen Analyse beleuchtet. Sie zeigt die Möglichkeiten der Ausübung kommunikativer Freiheiten im virtuellen Raum auf und entwickelt Maßstäbe für einen verhältnismäßigen Interessenausgleich. Auf der Grundlage einer zeitgemäßen Auslegung belegt sie, dass die Kommunikationsfreiheiten auch im virtuellen Raum verwirklicht werden können.

Tischbirek, Alexander

Die Verhältnismäßigkeitsprüfung

Methodenmigration zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht

Band 35
2017. X, 239 Seiten.

ISBN 9783161553189
eBook PDF 54,00 €

Das Verhältnismäßigkeitsdenken ist im öffentlichen Recht der Bundesrepublik allgegenwärtig, sein privatrechtlich-methodischer Stellenwert dagegen weit weniger klar. Alexander Tischbirek begibt sich auf eine Spurensuche, macht die Verhältnismäßigkeitsprüfung schon früh als Grenzgängerin zwischen den Teilrechtsordnungen aus und beschreibt auch ihre öffentlich-rechtliche Entwicklung als Produkt einer wechselseitigen Einflussnahme. Zuletzt ist es insbesondere die Europäisierung des Privatrechts, welche die Figur verstärkt ins deutsche Recht zurückträgt und ihr neue Anwendungsfelder erschließt. Da aus der Fächerdichotomie keine grundsätzlichen Einwände gegen eine solche Methodenmigration folgen und die Figur auch nicht bedingungslos in Grundrechtswirkungen aufgeht, richtet sich der Blick – im öffentlichen Recht wie im Privatrecht – auf die Vorgaben des demokratischen Gesetzes.

Tischbirek, Alexander

Die Verhältnismäßigkeitsprüfung

Methodenmigration zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht

Band 35
Unveränderte Broschurausgabe 2020;
Erstausgabe 2017. X, 239 Seiten.

ISBN 9783161594427
Broschur 54,00 €

Das Verhältnismäßigkeitsdenken ist im öffentlichen Recht der Bundesrepublik allgegenwärtig, sein privatrechtlich-methodischer Stellenwert dagegen weit weniger klar. Alexander Tischbirek begibt sich auf eine Spurensuche, macht die Verhältnismäßigkeitsprüfung schon früh als Grenzgängerin zwischen den Teilrechtsordnungen aus und beschreibt auch ihre öffentlich-rechtliche Entwicklung als Produkt einer wechselseitigen Einflussnahme. Zuletzt ist es insbesondere die Europäisierung des Privatrechts, welche die Figur verstärkt ins deutsche Recht zurückträgt und ihr neue Anwendungsfelder erschließt. Da aus der Fächerdichotomie keine grundsätzlichen Einwände gegen eine solche Methodenmigration folgen und die Figur auch nicht bedingungslos in Grundrechtswirkungen aufgeht, richtet sich der Blick – im öffentlichen Recht wie im Privatrecht – auf die Vorgaben des demokratischen Gesetzes.

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahr 2017 mit dem Konrad Redeker-Preis der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Berlin-Brandenburgischen Justizpreis »Carl Gottlieb Svarez« ausgezeichnet.



Wieckhorst, Arno

Grundrechtsschutz durch Legislativverfahren

Grundrechtlich induzierte Prozeduralisierung der Gesetzgebung und ihrer Kontrolle im Verfassungs- und Unionsrecht

Band 34
2017. XVIII, 668 Seiten.

ISBN 9783161552083
Leinen 124,00 €

ISBN 9783161552250
eBook PDF 124,00 €

Forderungen nach 'guter' Normsetzung sind für das Grundgesetz nicht neu. An den gesetzgeberischen Entscheidungsprozess gerichtete Rationalitätspostulate bleiben aber kontrovers und spalten auch das BVerfG. Arno Wieckhorst entwickelt eine grundrechtszentrierte Rekonstruktion legislativer Sorgfaltspflichten. Neben der Ermittlung, Bewertung und Abwägung von Tatsachen- und Interessenlagen werden auch legislative Begründungs-, Beobachtungs- und Nachbesserungspflichten einbezogen. Der Eigenwert bundesverfassungsgerichtlicher Verfahrenskontrolle bei gesetzgeberischen Gestaltungsspielräumen wird gegenüber der Abwertung von Verfahrensfehlern verteidigt. So entsteht eine geschlossene Dogmatik des Grundrechtsschutzes durch Legislativverfahren als Ausprägung einer Prozeduralisierung der Grundrechte. Deren status negativus wie positivus processualis kann schließlich auf die Grundrechtecharta übertragen werden und so als Bezugspunkt auch einer unionsrechtlichen Gesetzgebungslehre dienen.

Lassahn, Philipp

Rechtsprechung und Parlamentsgesetz

Überlegungen zu Anliegen und Reichweite eines allgemeinen Vorbehalts des Gesetzes

Band 33
2017. XVIII, 298 Seiten.

ISBN 9783161553844
Leinen 89,00 €

ISBN 9783161553851
eBook PDF 89,00 €

Was wären Gerichte ohne das Gesetz? Im verfassungsrechtlichen Diskurs unter dem Grundgesetz ist mitunter eine gewisse Skepsis gegenüber den Kompetenzen der Rechtsprechung auszumachen. Weitgehend ungeklärt ist die Frage, ob auch ihr gegenüber der so genannte allgemeine Vorbehalt des Gesetzes gilt. Dieses Instrument besagt, dass die Verwaltung – jedenfalls in »wesentlichen« Fragen – keine eigenen Entscheidungen treffen darf, sondern auf eine Vorentscheidung des Gesetzgebers angewiesen ist. Teilweise wird verlangt, diesen Grundsatz auch auf die Gerichte anzuwenden. Gerade auf Grund ihrer besonders kargen demokratischen Legitimation seien auch sie stets auf eine gesetzliche Grundlage angewiesen, sobald es um »wesentliche« Fragen geht. Vor dem Hintergrund historischer und rechtsanwendungstheoretischer Überlegungen begegnet Philipp Lassahn solchen Ansätzen und stellt dabei auch die Vorstellung eines verfassungsrechtlich gebotenen »Legitimationsniveaus« in Frage.

Stumpf, Gerrit Hellmuth

Ungeschriebener Parlamentsvorbehalt und akademische Selbstverwaltungsgarantie

Ein Beitrag zur Reichweite der Satzungsautonomie wissenschaftlicher Hochschulen im Bereich des Promotionswesens

Band 32
2017. XXXIV, 839 Seiten.

ISBN 9783161545818
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161545825
eBook PDF 149,00 €

Zwischen dem Anspruch der Hochschulen, den Zugang zur Promotion exklusiv regeln zu wollen, und der vom Bundesverfassungsgericht im Lichte der Lehre vom ungeschriebenen Parlamentsvorbehalt gezogenen Autonomiegrenze besteht eine Diskrepanz. Diese bildet für Gerrit Hellmuth Stumpf nicht nur den Ausgangspunkt für die Untersuchung, der – vermeintlich längst geklärt geglaubten – Frage, wer, akademischer Satzungs- oder Parlamentsgesetzgeber, den Zugang zur Promotion regeln darf, sondern auch den Anlass, um in diesem Kontext der Existenzberechtigung institutioneller Garantien im Bereich der Wissenschaftsfreiheit, dem Verhältnis von Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG zu den landesverfassungsrechtlichen Selbstverwaltungsgarantien, dem damit zusammenhängenden Verhältnis von Landes- und Bundes(verfassungs-)recht und der (demokratischen) Legitimation der akademischen Satzungsgeber im Vergleich zu der des Parlamentsgesetzgebers nachzugehen.

Schlegel, Stefan

Der Entscheid über Migration als Verfügungsrecht

Eine Anwendung der Ökonomischen Analyse des Rechts auf das Migrationsrecht am Beispiel der Schweiz

Band 31
2017. XXI, 375 Seiten.

ISBN 9783161548727
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161548888
eBook PDF 79,00 €

Stefan Schlegel wendet die Theorie der Verfügungsrechte auf das Migrationsrecht an und illustriert deren Erkenntniswert für das Migrationsrecht am konkreten Beispiel des Schweizer Rechts. Nach der Theorie der Verfügungsrechte besteht die Aufgabe der Rechtsordnung in erster Linie darin, Verfügungsrechte über Güter in der Gesellschaft zuzuordnen und festzulegen, nach welcher Transaktionsregel das Verfügungsrecht übertragen werden kann. Die Kontrolle über die Migration einer bestimmten Person an einen bestimmten Ort ist die Kontrolle über ein Gut und damit ein Verfügungsrecht. Die Rechtsordnung muss es zuweisen und Transaktionsregeln festlegen.

Wählt das geltende Migrationsrecht die Kombination aus Allokation des Verfügungsrechtes und Transaktionsregeln so, dass das Verfügungsrecht zu seinem größtmöglichen Wert entwickelt werden kann? Der Autor verneint dies und sucht auf systematische Weise nach Kombinationen aus Allokationsentscheidungen und Transaktionsregeln, welche eine Ausschöpfung des



potentiellen Wertes des Verfügungsrechtes über Migration besser gewährleisten.

Röhrig, Sarah

Religiöse Symbole in staatlichen Einrichtungen als Grundrechtseingriffe

Band 30
2017. XXI, 294 Seiten.

ISBN 9783161548642
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161549441
eBook PDF 79,00 €

Auch zwanzig Jahre nach dem »Kruzifixbeschluss« hat die Frage nach der Zulässigkeit religiöser Symbole in staatlichen Einrichtungen nicht an Aktualität verloren. Unzureichend geklärt ist allerdings bislang, wie sich die Konfrontation mit einem getragenen oder angebrachten Symbol in tatsächlicher Hinsicht auf den Symbolbetrachter auswirkt. Für die Grundrechtsrelevanz der Konfrontationssituation ist dieser Aspekt jedoch entscheidend. Eine tragfähige rechtliche Bewertung muss deshalb auch sozial- und religionspsychologische Erkenntnisse berücksichtigen und diese in den grundrechtlichen Kontext stellen. Das erfordert eine besondere Ausdifferenzierung der grundrechtlichen Schutzbereiche sowie eine entsprechend abgestufte Subsumtion auf der Eingriffsebene. Mit diesem Ansatz kann Sarah Röhrig fundierte Aussagen über die Zulässigkeit religiöser Symbole in staatlichen Einrichtungen aus grundrechtlicher Perspektive treffen.

Klafki, Anika

Risiko und Recht

Risiken und Katastrophen im Spannungsfeld von Effektivität, demokratischer Legitimation und rechtsstaatlichen Grundsätzen am Beispiel von Pandemien

Band 29
2017. XXIX, 438 Seiten.

ISBN 9783161550515
eBook PDF 94,00 €

Risiken bezeichnen zukünftige Schadensereignisse, deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Folgeschwere ungewiss sind. Daraus ergeben sich besondere Herausforderungen an das Recht. Anhand der Bewertungsparameter Effektivität, demokratische Legitimation und rechtsstaatliche Grundsätze entwickelt Anika Klafki konkrete Maßgaben für die Risikoregulierung im Mehrebenensystem. Dabei tritt sie sowohl technokratischen Ansätzen, die externen Sachverständigen die Regelungsaufgabe überlassen wollen, als auch autokratischen Bestrebungen, die im Angesicht von Katastrophen exekutive Stellen weiträumig ermächtigen möchten, entgegen. Anhand von Pandemien als dynamischen Katastrophen zeigt sie, dass der rechtswissenschaftliche Fokus auf die Risikoprävention zu eng ist. Vielmehr müssen auch die Katastrophenvorbereitung und -bekämpfung sowie die Risiko- und Katastrophenkommunikation regulativ mitbedacht werden, um ein zeitgemäßes Sicherheitsrecht zu gewährleisten. Die Arbeit wurde mit dem Wissenschaftspreis der Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen 2017 und dem Promotionspreis der Bucerius Law School 2017 ausgezeichnet.

Lackermair, Markus

Hybride und Chimären

Die Forschung an Mensch-Tier-Mischwesen aus verfassungsrechtlicher Sicht

Band 28
2017. XIV, 517 Seiten.

ISBN 9783161550485
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161550874
eBook PDF 104,00 €

Markus Lackermair widmet sich biomedizinischer Forschung, mit der Misch-Lebewesen aus Mensch und Tier erzeugt werden. So versuchen etwa Neurowissenschaftler, durch den Transfer menschlicher Gene die Gehirne von Tieren gezielt zu humanisieren. Ebenso motiviert der Mangel an menschlichen Spenderorganen die Transplantationsmedizin dazu, das Forschungsfeld der Xenotransplantation, d. h. der Verpflanzung tierischer Organe auf den Menschen, voranzutreiben. Dass durch derlei Experimente Mischwesen mit menschlichen und tierischen Bestandteilen zur Entstehung gelangen, zieht die in der Rechtsordnung etablierte strikte Grenzziehung zwischen Mensch und Tier in Zweifel. Die philosophischen Fragen *Was ist der Mensch? Was unterscheidet ihn vom Tier?* werden urplötzlich zu drängenden Rechtsproblemen mit konkreten Rechtsfolgen: Stellen solcherlei neuartige Mischwesen »Menschen« im Sinne der Rechtsordnung dar? Anhand welcher Kriterien ist dies jeweils zu entscheiden? Kommt Mischwesen Menschenwürde zu? Und vorgelagert: Dürfen solche Mischwesen überhaupt geschaffen werden? Die vorliegende Dissertation wird mit dem Fakultätspreis 2016 der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München ausgezeichnet.

Sokol, Ljuba

Die Bestimmung der Verantwortlichkeit für die Abwehr und Beseitigung von Störungen im öffentlichen und privaten Recht

Band 27
2016. XVII, 446 Seiten.

ISBN 9783161544668
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161545443
eBook PDF 79,00 €

Die Verantwortlichkeit als Störer ist ein weitreichendes Haftungsinstrument, dessen Anwendungsbereich sich von der Abwehr nachbarrechtlicher Störungen über das Umweltrecht bis ins moderne Medienrecht erstreckt. Dabei nehmen das Polizei- und Zivilrecht jeweils eine eigenständige Bestimmung des Störers und der Reichweite seiner Haftung vor. Dies ist angesichts der konkurrierenden Anwendung dieser Rechtsgebiete sowie ihrer vergleichbaren Zielsetzung nicht sachgerecht. Ljuba Sokol verfolgt das Ziel, ein konsistentes Haftungsregime der Gefahren- und Störungsabwehr zu schaffen, ohne jedoch rechtsgebietsspezifische Besonderheiten zu vernachlässigen. Sie analysiert die strukturellen Gemeinsamkeiten des öffentlichen und privaten Abwehrrechts sowie die einzelnen haftungsbegründenden Kriterien. Ein besonderer Fokus der Untersuchung liegt auf der Zuweisung der Kosten der Störungsbeseitigung, in denen die Haftungsgrenze der Störerhaftung zum Ausdruck kommt.



Weigelt, Thomas

Die wachsende Stadt als Herausforderung für das Recht

Rechtliche Instrumente zum Erhalt und zur Schaffung heterogener Bevölkerungsstrukturen in der Innenstadt

Band 26
2016. XXIII, 389 Seiten.
ISBN 9783161545641
fadengeheftete Broschur 74,00 €
ISBN 9783161546297
eBook PDF 74,00 €

Innenstädte erleben seit einiger Zeit eine Renaissance. Die deutschen Städte werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter wachsen. Dabei drohen Wohnungen in den Innenstädten zu einem Luxusgut zu werden und nur noch für einen kleinen Teil der Bevölkerung erschwinglich zu sein. Ungesteuert droht auch in Berlin, Hamburg oder München die Gefahr, dass eine Kluft zwischen den reichen Innenstädten und verarmten Vorstädten mit ihren sozialen Brennpunkten entsteht, wie sie in London oder Paris bereits vorzufinden ist. Thomas Weigelt untersucht, wie trotz des Wachstums die soziale Durchmischung der Innenstädte im Wohnungsbestand erhalten werden kann. Er zeigt Wege auf, um auch im Neubau eine heterogene Bevölkerungsstruktur zu schaffen, benennt aber auch die Schwächen der derzeitigen bauplanungsrechtlichen, bauordnungsrechtlichen, mietrechtlichen und strafrechtlichen Regelungssysteme. Daraus entwickelt der Autor Vorschläge für Gesetzesänderungen. Die Arbeit wurde mit dem Promotionspreis 2016 der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg ausgezeichnet.

Reiling, Katharina

Der Hybride

Administrative Wissensorganisation im privaten Bereich

Band 25
2016. XVI, 415 Seiten.
ISBN 9783161541452
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161546266
eBook PDF 79,00 €

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet die Beobachtung, dass im Risikorecht die im hergebrachten Verwaltungsrecht als fest gedachte Grenze zwischen öffentlicher und privater Organisation verschwimmt. Das zeigt sich in der gesetzlichen Verpflichtung von Unternehmen, ihr kognitives Potential durch besondere Organisationseinheiten zu stimulieren und das so gewonnene Risikowissen der Verwaltung weiterzuleiten. Daraus entwickelt die Autorin die Grenzfigur des Hybriden als Wissensmittler der Verwaltung. Ihre Überlegung ist dabei, dass sich die staatliche Überformung der Privatorganisation als eine Reaktion auf die Probleme der Rechtsdurchsetzung in der Risikoverwaltung darstellt: Die Behörden müssen Wissen generieren, das in erster Linie bei Unternehmen verfügbar ist, die Risiken erzeugen. Diese sind aber regelmäßig nicht zur Kooperation bereit. Abschließend erörtert die Autorin die mit der Transzendierung verbundenen rechtlichen Folgeprobleme für die Gemeinwohlbindung der Verwaltung und den Rechtsschutz der Privatorganisation.

Krisor-Wietfeld, Katharina

Rahmenbedingungen der Grundrechtsausübung

Insbesondere zu öffentlichen Foren als Rahmenbedingung der Versammlungsfreiheit

Band 24
2016. XXV, 303 Seiten.
ISBN 9783161538643
fadengeheftete Broschur 79,00 €
ISBN 9783161556883
eBook PDF 79,00 €

Aus Anlass der sogenannten Fraport-Entscheidung des BVerfG vom 22.02.2011 (BVerfGE 128, 226) widmet sich Katharina Krisor-Wietfeld (Rahmen-)Bedingungen, die zur Ausübung grundrechtlicher Freiheit erforderlich sind. Am Beispiel *öffentlicher Foren* ordnet sie Rahmenbedingungen der Versammlungsfreiheit – die in der Regel nicht der Verfügungsbefugnis der Grundrechtsträger unterliegen – in die Grundrechtsdogmatik ein, wobei sie die insoweit einschlägige Rechtsprechung aus den USA und Kanada rechtsvergleichend hinzuzieht. Das Werk gibt auch eine Antwort auf die Frage, ob mit der Entstehung von Freiheitsvoraussetzungen in einem von privaten Rechtssubjekten beherrschten Bereich Freiheitsverluste einhergehen oder die Grundrechte ihre tatsächlichen Voraussetzungen sowohl gegenüber Einschränkungen aus der staatlichen als auch aus der privaten Sphäre schützen. Die Arbeit schließt mit einem konkreten Gesetzgebungsvorschlag ab.

Reichert, Johannes

Der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung in den Polizeigesetzen des Bundes und der Länder

Band 23
2015. XVIII, 250 Seiten.
ISBN 9783161541131
Leinen 69,00 €

Das Bundesverfassungsgericht hat zum Schutz vor staatlichen Maßnahmen – insbesondere Datenerhebungsmaßnahmen – einen absolut geschützten Kernbereich der privaten Lebensgestaltung begründet. Dessen Schutz haben die Gesetzgeber in Bund und Ländern durch die Aufnahme kernbereichsschützender Vorschriften in die Polizeigesetze zu gewährleisten, was zu einer Vielfalt von Regelungen geführt hat. Die Reaktion der Gesetzgeber auf die Vorgaben reicht von einer ablehnenden, abwartenden Haltung bis zur bereitwilligen Übertragung des Konzepts sogar auf Bereiche, in denen das Bundesverfassungsgericht noch keine Vorgaben gemacht hat. Nicht immer halten sich die Gesetzgeber dabei an die Vorgaben des Gerichts. Diese Defizite werden noch deutlicher, wenn man den Kernbereich als umfassend anwendbares Konzept versteht. Widersprüche bereits im Konzept haben jedoch zur Folge, dass selbst Befürworter des Konzepts dem Anspruch eines absoluten Schutzes nicht gerecht werden können – es stellt sich daher die Frage, welche Alternativen es gibt.



Breckwoldt, Maïke

Grundrechtskombinationen

Band 22
2015. X, 255 Seiten.

ISBN 9783161537905
Leinen 64,00 €

Das Bundesverfassungsgericht verwendet in seiner Rechtsprechung Grundrechte häufig nicht isoliert, sondern zieht mehrere Gewährleistungen gemeinsam – oft verbunden durch die Formel »in Verbindung mit« – für die Falllösung heran. Bedeutende Entscheidungen der jüngeren Zeit, etwa zum Existenzminimum oder der Verfassungsmäßigkeit der Sicherungsverwahrung basieren auf dieser Kombinationsmethodik. Maïke Breckwoldt geht der bislang ungeklärten Frage nach, welche Auswirkungen diese in der Literatur vielfach kritisierten Grundrechtskombinationen auf den Grundrechtsschutz haben. Auf Basis der normtheoretischen Struktur der Grundrechte entwickelt die Autorin ein dogmatisches System der Verbindungen und beschreibt anhand dessen die Funktionen und Voraussetzungen der denkbaren Kombinationstypen, die eine Modifikation des Grundrechtsschutzes auf Schutzbereichs- und/oder Abwägungsebene bewirken.

Hänsle, Walter

Streik und Daseinsvorsorge

Verfassungsrechtliche Grenzen des Streikrechts in der Daseinsvorsorge. Zugleich ein Beitrag zur Staatsaufgabenlehre sowie zur Grundrechtsdogmatik des Art. 9 Abs. 3 GG

Band 21
2016. XXXV, 827 Seiten.

ISBN 9783161539893
Leinen 139,00 €

Der Streik in der Daseinsvorsorge mit seinen erheblichen ökonomischen und sozialen Implikationen erzeugt eine rechtliche Spannungslage zwischen dem Streikrecht auf der einen Seite und dem Bedürfnis nach Daseinsvorsorge auf der anderen Seite. Um diesen Komplex zu ergründen, reflektiert Walter Hänsle nicht nur die rechtswissenschaftliche Diskussion, sondern beleuchtet auch die geschichts-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Dimensionen. Mit diesem interdisziplinären Ansatz werden die zentralen Begriffe neu konstruiert und rechtlich konkretisiert. Bei der Daseinsvorsorge erfolgt dies eingebettet in eine normative Staatsaufgabenlehre nach dem Modell des Gewährleistungsstaats. Vor der Folie einer modifizierten Grundrechtsdogmatik begründet der Autor das Streikrecht in der Daseinsvorsorge als Teil des Gewährleistungsbereichs des Art. 9 Abs. 3 GG und löst das normative Spannungsverhältnis des Streiks in der Daseinsvorsorge auf. Die Arbeit wurde mit dem Fakultätspreis der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München ausgezeichnet.

Starski, Paulina

Der interföderale Verwaltungsakt

Eine rechtsvergleichende Studie

Band 20
2014. XVI, 516 Seiten.

ISBN 9783161531323
Leinen 114,00 €

Die Durchlöcherung staatlicher Grenzen ist nicht weniger ein Phänomen der bundesstaatlichen als der internationalen Ebene. Dem Inneren des Bundesstaats wird im Zuge der Debatte um den »Transnationalismus« indes mitunter mit Desinteresse begegnet. Wider diesen Trend untersucht Paulina Starski den Landesverwaltungsakt als Moment grenzüberschreitenden Verwaltungshandelns im Bundesgebiet sowie rechtsvergleichend seine Pendanten in den USA und der Schweiz. Vor dem Hintergrund seiner interföderalen Bindungsdimensionen richtet sie den Fokus insbesondere auf zwei Aspekte: zum einen den Zusammenhang zwischen den jeweilig vorherrschenden Narrativen zum Wesen des Bundesstaats mit der dogmatischen Erfassung interföderalen Handelns und zum anderen die dogmatisch-theoretischen Interdependenzen zwischen der Erfassung von Interföderalität und Transnationalität auf supranationaler und völkerrechtlicher Ebene.

Jaguttis, Malte

Gesteuerte Freiheit

Das Urban Governance Instrument der Improvement Districts und Verfassungsrecht

Band 19
2014. X, 290 Seiten.

ISBN 9783161531804
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Improvement Districts reflektieren den Wandel von Stadtentwicklung, Gemeinwohlvorstellungen, politischen Steuerungsansprüchen und Verfassungsdenken. Malte Jaguttis verbindet rechtstheoretische, verfassungsrechtliche und verwaltungsrechtsdogmatische Überlegungen, um den durch das Urban Governance Modell eingeführten Perspektivwechsel auf die Quartiersentwicklung und die Rolle der Standortakteure juristisch greifbar zu machen. Im Zentrum der Dekonstruktion der Regelungsstruktur der Improvement Districts steht die Frage nach der juristischen Anschlussfähigkeit eines abstraktionsfähigen Regulierungsansatzes, der gesellschaftliche Mitverantwortung und politische Gestaltungskraft stärken möchte. Der Autor zeigt neben den Potentialen auch die Grenzen einer perspektivischen Öffnung und methodischen Erweiterung der Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft auf.



Bode, Matthias

Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik

Eine Untersuchung ihrer Etablierung zwischen Norminterpretation und Normgenese

Band 18
2014. XVI, 800 Seiten.

ISBN 9783161522116
fadengeheftete Broschur 109,00 €

Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch ein komplexes Geflecht politischer Interessen und verfassungsrechtlicher Kompetenzen. Matthias Bode zeichnet die veränderten gesellschaftspolitischen Erwartungen – von der sog. Deutschtumpflege im Ausland Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur zwischenstaatlichen Gesellschaftspolitik Ende der 1970er Jahre – nach und stellt deren Einfluss auf das Verfassungsrecht dar. Dabei lässt die Analyse von Genese und Wirkungsweise der Kulturabkommen mit fremden Staaten sowie der zwischen Bund und Ländern sorgfältig ausgehandelten Verfahrensregelungen, etwa der Lindauer Vereinbarung oder der Kramer-Heubl-Absprache, Rückschlüsse auf das Konzept der »Rechtsnorm« und die traditionelle Rechtsquellenlehre zu. Eine verfassungsrechtliche Kategorisierung dieser Phänomene erweist sich für ihr Verständnis als unzureichend; vielmehr ist die stärkere Einbeziehung rechtssoziologischer Perspektiven erforderlich.

Piechaczek, Oliver

Lobbyismus im Deutschen Bundestag

Lobbytätigkeiten von Bundestagsabgeordneten (Built-in-Lobbyismus) im Lichte des Verfassungs- und des Abgeordnetenrechts

Band 17
2014. XIII, 279 Seiten.

ISBN 9783161526114
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Lobbyismus gilt als eines der zentralen Dauerprobleme demokratischer Systeme. Die organisierte und gezielte Einflussnahme auf Amts- und Mandatsträger zur Durchsetzung partikularer Interessen wird in der Öffentlichkeit als anrühlich und dem Gemeinwohl entgegengesetzt wahrgenommen. Üben Abgeordnete begleitend zu ihrem Mandat Nebentätigkeiten in Unternehmen und Interessenverbänden aus und erhalten sie dafür finanzielle Zuwendungen, kommt leicht der Verdacht auf, dass sie die Interessen »ihrer« Interessengruppe im Parlament vertreten oder dies zumindest von ihnen erwartet wird. Oliver Piechaczek verwendet für diesen sozusagen »eingebauten« Interessenvertretungsmechanismus den Begriff »Built-in-Lobbyismus« und widmet sich der Problematik mit Hilfe einer historischen und (verfassungs-)rechtlichen Analyse.

Lehner, Roman

Zivilrechtlicher Diskriminierungsschutz und Grundrechte

Auch eine grundrechtliche Betrachtung des 3. und 4. Abschnittes des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (§§ 19–23 AGG)

Band 16
2013. XXIV, 451 Seiten.

ISBN 9783161527135
Leinen 104,00 €

Diskriminierungen im Privatrecht werfen zahlreiche grundrechtsdogmatische Probleme auf, zu deren Bewältigung die klassischen Figuren der mittelbaren Drittwirkung sowie der grundrechtlichen Schutzpflicht bereitstehen. Roman Lehner überprüft deren Tragfähigkeit in Bezug auf das Verhältnis von Freiheits- und Gleichheitsrechten und ordnet die diskriminierungsrelevanten Grundrechte grundsätzlich einer einheitlichen Kategorie legislativer und judikativer Schutzpflichten zu. Dabei liegt der Schwerpunkt der Analyse auf der Untersuchung des Diskriminierungsverbots aus Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG im Hinblick auf dessen Schutzpflichtentauglichkeit. Die das allgemeine Zivilrecht betreffenden Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes werden nach Maßgabe der vom Autor gezogenen dogmatischen Schlüsse und unter Berücksichtigung unions- und völkerrechtlicher Bezüge auf ihre Grundrechtskonformität hin untersucht.

Schwabenbauer, Thomas

Heimliche Grundrechtseingriffe

Ein Beitrag zu den Möglichkeiten und Grenzen sicherheitsbehördlicher Ausforschung

Band 15
2013. XV, 472 Seiten.

ISBN 9783161527029
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Der investigative Staat versucht mit vielen Mitteln und in guter Absicht, Informationen über Einzelne durch heimliche Ausforschung zu gewinnen. Nicht selten macht sich der Gesetzgeber dabei allzu leicht einen kurzfristigen Sicherheitsutilitarismus zu eigen und entledigt sich seiner Verantwortung. Hierunter leidet nicht allein der parlamentarische Diskurs, sondern auch die gesellschaftliche Vergewisserung über den immensen soziologischen und psychologischen Wert von Privatheit für das Individuum. Die Erkenntnis, im Windschatten von Privatheit – als maßgebliche Antagonistin der Sicherheit – auch Devianz schützen zu müssen, ist unterentwickelt. Es obliegt daher dem Verfassungsrecht, interdisziplinär informiert, die Ausforschung materiell zu begrenzen, der Privatheit Breschen zu schlagen und den Gesetzgeber zur beständigen Verantwortungsübernahme in Zeiten des technischen Fortschritts zu zwingen.

Bünnigmann, Kathrin

Die »Esra«-Entscheidung als Ausgleich zwischen Persönlichkeitsschutz und Kunstfreiheit

Rechtsprechung im Labyrinth der Literatur

Band 14
2013. XXXVIII, 617 Seiten.

ISBN 9783161524813
Leinen 139,00 €

In jüngerer Vergangenheit häufen sich Fälle, in denen Personen sich in literarischen Beschreibungen wiedererkennen und diese Darstellungen als despektierlich oder entblößend erleben. Sie suchen Schutz vor den Gerichten, die vor der Aufgabe stehen, literarische, meist fiktionale Texte kunstadäquat zu bewerten und zugleich den Betroffenen ausreichenden Persönlichkeitsschutz zu garantieren. Kathrin Bünnigmann geht von einem interdisziplinären Ansatz aus, der einen Beitrag zum Ausgleich von Kunstfreiheit und Persönlichkeitsschutz leistet. Nach der Untersuchung der wesentlichen rechtlichen und literaturwissenschaftlichen Aspekte gibt sie dem Interessierten in Forschung und Praxis ein Prüfungsmodell an die Hand, mit dem ein literarischer Text hinsichtlich seiner Persönlichkeitsrelevanz bewertet werden kann.

Haas, Julia

Der Ombudsmann als Institution des Europäischen Verwaltungsrechts

Zur Neubestimmung der Rolle des Ombudsmanns als Organ der Verwaltungskontrolle auf der Grundlage europäischer Ombudsmann-Einrichtungen

Band 13
2012. XXXVI, 804 Seiten.

ISBN 9783161522284
Leinen 154,00 €

Die aus dem skandinavischen Recht stammende Ombudsmann-Institution ist in ihrer klassischen Ausprägung als unabhängige, meist parlamentarisch angebundene Einrichtung zur Überprüfung der Recht- und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns aufgrund von Beschwerden oder aus eigener Initiative in nahezu allen europäischen Rechtsordnungen vertreten. Aufgrund der länder-, aber auch rechts- und sachgebietsübergreifenden Verbreitung des Rechtsinstituts besteht inzwischen eine Vielzahl begrifflicher, funktionaler und dogmatischer Interpretationsansätze, die einen Ombudsmann charakterisieren. Julia Haas zeigt, dass für die Profilierung des öffentlich-rechtlichen Ombudsmanns als Kernfigur des europäischen Verwaltungsrechts eine Fokussierung auf dessen Funktion der Verwaltungskontrolle erforderlich ist und entwickelt ein eigenes Modell des idealtypischen Kontroll-Ombudsmanns zur Durchsetzung des Rechts und der Grundsätze einer guten Verwaltung.

Hahn-Lorber, Marcus

Parallele Gesetzgebungskompetenzen

Nicht-hierarchische Kompetenzverteilung im deutsch-schottischen Verfassungsvergleich

Band 12
2012. XXVII, 439 Seiten.

ISBN 9783161516863
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Zahlreiche Verfassungen Europas ordnen Regionen einem Gesamtstaat und der EU Gesetzgebungskompetenzen zu. Diese Zuordnung ist dynamischer geworden. Es gibt nunmehr nicht-hierarchische Zuordnungen. Marcus Hahn-Lorber untersucht diese anhand des deutschen und schottischen Verfassungsrechts unter dem Oberbegriff »Parallele Gesetzgebungskompetenzen«. Art. 72 Abs. 3, 84 Abs. 1 GG sehen erstmals im Grundgesetz parallele Kompetenzzuordnungen vor. Im Vereinigten Königreich (Scotland Act, Northern Ireland Act) ist diese Kompetenzform sogar Grundfall dezentraler Kompetenzen. Der Verfassungsvergleich reflektiert die neue Kompetenzform dogmatisch und theoretisch und berücksichtigt dabei die Ideen von Souveränität, Subsidiarität und der Europäischen Integration.

Inhaltsübersicht

Vorwort

Kapitel 1: Einleitung

- I. Gegenstand der Untersuchung
- II. Ziel und Aufbau der Untersuchung

Kapitel 2: Grund- und Vorfragen paralleler Gesetzgebungskompetenzen: Recht und Theorie des Bundesstaates und die Föderalismusreform 2006

- I. Bundesstaatsprinzip und Kompetenzordnung
- II. Theoretische Perspektive: Bundesstaat als Institution
- III. Aktuelle Anknüpfung: Gesetzgebungskompetenzen nach der Föderalismusreform I
- IV. Ausblick

Kapitel 3: Grundlagen des britischen Verfassungsrechts und ihre Weiterentwicklung durch parallele Gesetzgebungskompetenzen

- I. Einführung: Devolution im plurinationalen Verbundstaat als Kontrast zu Bundesstaatlichkeit
- II. Parlamentssouveränität und legislative Suprematie des Westminster Parliament
- III. Devolution, Parlamentssouveränität und plurinationaler Verbundstaat
- IV. Ergebnisse und Ausblick

Kapitel 4: Gemeinsame verfassungssystematische Grundlagen paralleler Gesetzgebungskompetenzen

- I. Nutzen der Erarbeitung gemeinsamer Grundlagen
- II. Gemeinsame Strukturen und Interpretation von Kompetenznormen



III. »Souveränität« und Gesetzgebungskompetenzen
IV. Perspektiven für die Kompetenzdiskussion

Kapitel 5: Die Dogmatik paralleler Gesetzgebungskompetenzen im Grundgesetz
I. Art. 72 Abs. 3 GG als Verwirklichung paralleler Gesetzgebungskompetenzen
II. Parallele Gesetzgebungskompetenzen für das Verwaltungsverfahren, Art. 84 Abs. 1 Satz 2 bis 4 GG
III. Zusammenfassender Ausblick

Kapitel 6: Parallele Gesetzgebungskompetenzen gemäß ss. 28, 29 Scotland Act 1998
I. Parallele Gesetzgebungskompetenzen im Vereinigten Königreich
II. Die sachlichen Bereiche paralleler Gesetzgebungskompetenzen gemäß Scotland Act 1998
III. Abgrenzung der Kompetenzbereiche durch Interpretation: Der politische Prozess und die Gerichtsbarkeit
IV. Bezüge zum weiteren Zusammenhang der Kompetenzordnung
V. Zusammenfassende Bewertung

Kapitel 7: Dogmatischer und methodischer Ausblick: Parallele Gesetzgebungskompetenzen in Devolution und Bundesstaat
I. Dogmatische Grundlinien: Parallele Gesetzgebungskompetenzen als Modus
II. Parallele Gesetzgebungskompetenzen: Subsidiarität als methodischer Grundgedanke
III. Das Kollisionsrecht paralleler Gesetzgebungskompetenzen
IV. Parallele Gesetzgebungskompetenzen als Aktualisierung der bisherigen Kompetenzlehre und Ausblick

Kapitel 8: Thesen

Kapitel 9: Summary

Beyerbach, Hannes

Die geheime Unternehmensinformation

Grundrechtlich geschützte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse als Schranke einfachrechtlicher Informationsansprüche

Band 11
2012. XXIV, 413 Seiten.

ISBN 9783161516924
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Der Erfolg eines Unternehmens gründet sich häufig auf geheim gehaltenem Wissen, das es als Wettbewerbsvorsprung zu Geld macht. Gleichzeitig gewährt das einfache Gesetzesrecht an vielen Stellen Informationsansprüche – sei es zwischen Privaten oder von Privaten gegenüber dem Staat –, die in diese unternehmerische Geheimsphäre eindringen. Hannes Beyerbach untersucht, inwiefern sich die Unternehmen zur Abwehr solcher Ansprüche auf den Schutz der Grundrechte berufen können. Seine Untersuchung baut den Geheimnisschutz für Unternehmen auf dem Schutz seiner Informationen auf und entwickelt den Informations- und Geheimnisschutz aus einem Zusammenspiel von informationeller Selbstbestimmung und unternehmerischer Freiheit. Die Direktiven dieses »schutzergänzenden Grundrechtsverbundes« lassen übergreifende Wertungen für alle einfachrechtlichen Informationsansprüche zu, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Ansprüche der Informationsfreiheitsgesetze (IFG, UIG, VIG) gelegt wird. Für seine Arbeit wurde Hannes Beyerbach mit dem Wissenschaftspreis der Universität Passau 2012 (Dissertationspreis des Vereins der Freunde und Förderer der Universität Passau e.V.) ausgezeichnet.

Neupert, Michael

Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit

Das Rahmen-Bild-Modell der verwaltungsgerichtlichen Kontrolldichte bei der Eingriffsverwaltung

Band 10
2011. IX, 176 Seiten.

ISBN 9783161508929
fadengeheftete Broschur 49,00 €

Die Unterscheidung zwischen Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit wird weithin als Grundlage der verwaltungsgerichtlichen Ermessenskontrolle akzeptiert. Michael Neupert argumentiert demgegenüber, weder könnten die verschiedenen Ermessensfehlerlehren beide Bereiche voneinander unterscheiden, noch erlaube die juristische Methodenlehre eine Begrenzung der richterlichen Rechtsanwendung: Wenn die Unterscheidung zwischen Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit nicht bloß die juristische Selbstverständlichkeit wiedergeben will, dass Gerichte nur Rechtsfragen beurteilen, muss sie scheitern. Von diesem Punkt aus sucht der Autor nach einer Antwort auf die Frage, wie eine verwaltungsgerichtliche Überprüfung von Ermessensentscheidungen aussehen könnte. Dies hängt davon ab, ob eine richterliche Zweckmäßigkeitskontrolle möglich ist und inwieweit Ermessensentscheidungen gerichtsfrei sein müssen.

Kempny, Simon

Die Staatsfinanzierung nach der Paulskirchenverfassung

Eine Untersuchung des Finanz- und Steuerverfassungsrechts der Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März 1849



Band 9
2011. XXIII, 372 Seiten.

ISBN 9783161508141
Leinen 89,00 €

Die Geschichte der bundesstaatlichen Finanzverfassung Deutschlands beginnt nicht erst 1867/71, sondern bereits 1848/49. Die in Folge der Märzrevolution in der Frankfurter Paulskirche zusammengetretene deutsche Nationalversammlung erarbeitete eine Reichsverfassung, die sowohl finanz- als auch steuerverfassungsrechtlich weit in die Zukunft wies. Zum ersten Mal werden Steuergesetzgebungs-, -ertrags- und -verwaltungshoheit zwischen der bundes- und der gliedstaatlichen Ebene aufgeteilt. Ein erstes System bundesstaatlichen Finanzausgleichs wird errichtet. Zugleich werden der Besteuerung rechtsstaatliche und insbesondere grundrechtliche Grenzen gesetzt; namentlich werden ein justitierbarer allgemeiner und steuerlicher Gleichheitssatz aufgestellt. Außerdem gibt die Frankfurter Reichsverfassung Antwort auf die Frage, wie sich die verschiedenen bundesstaatlichen Ebenen (auch jenseits der Besteuerung) zu finanzieren haben.

Teifke, Nils

Das Prinzip Menschenwürde

Zur Abwägungsfähigkeit des Höchstrangigen

Band 8
2011. XIII, 200 Seiten.

ISBN 9783161506918
Leinen 79,00 €

Die Frage, ob die Menschenwürde absolut gilt oder abwägungsfähig ist, wird von Nils Teifke unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durch eine prinzipientheoretische Analyse der Struktur der Menschenwürdenorm des Grundgesetzes untersucht. Das Prinzip Menschenwürde gilt, so der Autor, nur scheinbar absolut. Der Eindruck der Absolutheit entsteht dadurch, dass die Menschenwürde aufgrund eines engen Eingriffsbegriffs einen engen Tatbestand hat und ein alle anderen Prinzipien überragendes hohes abstraktes Gewicht aufweist, das aus der Absolutheit der Menschenwürde als Rechtsidee folgt. Die Positivierung der Menschenwürde als unmittelbar geltendes Recht bedeutet aber den Verlust des moralisch Absoluten in der Rechtswirklichkeit. Die Verwobenheit von Absolutheit und Relativität im Begriff der Menschenwürde kommt in der Theorie der Menschenwürde zum Ausdruck, die Nils Teifke im abschließenden Teil entwirft.

Quabeck, Christian

Dienende Funktion des Verwaltungsverfahrens und Prozeduralisierung

Band 7
2010. XIV, 323 Seiten.

ISBN 9783161503177
Leinen 99,00 €

Zu den klassischen Argumentationsmustern des Verwaltungsrechts gehört die Vorstellung der nur »dienenden Funktion« des Verwaltungsverfahrens. Bezeichnet wird damit regelmäßig ein Nachrang des Verfahrensrechts gegenüber dem materiellen Recht. Diese lange Zeit als selbstverständlich angesehene Zuweisung gerät durch verfahrensbezogene Vorgaben des Europarechts, aber auch durch Anstöße, die das deutsche Recht aus sich heraus entwickelt hat, zunehmend in Bewegung. Christian Quabeck arbeitet verschiedene Erscheinungsformen der Prozeduralisierung des Verwaltungsrechts heraus, die eine sehr viel stärkere Rolle des verfahrensbezogenen Denkens indizieren, als unter dem Topos der nur dienenden Funktion des Verfahrens angenommen. Dieser Stellenwert erfordert, so der Autor, die Verfahrensidee systematisch und nachhaltig als bisher auch in das Allgemeine Verwaltungsrecht hinein zu entfalten.

Fischborn, Birgit Iris

Enteignung ohne Entschädigung nach der EMRK?

Zur Vereinbarkeit des entschädigungslosen Entzugs von Eigentum mit Artikel 1 des Zusatzprotokolls zur EMRK

Band 6
2010. XIX, 345 Seiten.

ISBN 9783161501845
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Birgit Fischborn beschäftigt sich mit dem Grundsatz der Entschädigungspflicht bei Enteignungen, welcher im deutschen Grundgesetz verankert ist und lange im allgemeinen Völkerrecht von den Industrienationen anerkannt war, durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Jahn jedoch relativiert wurde. Die Autorin untersucht mittels differenzierter Analyse der Rechtsprechung des Gerichtshofs im Vergleich zum allgemeinen Völkerrecht und zu Entscheidungen internationaler Schiedsgerichte, ob und unter welchen Umständen von dem Entschädigungsgrundsatz Ausnahmen gemacht werden können. Dabei leistet sie durch die Aufarbeitung der Eigentumsdogmatik des Gerichtshofs und die ausdifferenzierte Betrachtung des von diesem herangezogenen Begriffs der »außergewöhnlichen Umstände« einen Beitrag zu größerer Rechtssicherheit bei der Einordnung und Abgrenzung künftiger Enteignungsfälle.

Schilling, Jan Moritz

Deutscher Grundrechtsschutz zwischen staatlicher Souveränität und menschenrechtlicher Europäisierung

Zum Verhältnis zwischen Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte



Band 5
2010. XXII, 281 Seiten.
ISBN 9783161501807
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Jan Moritz Schilling untersucht das Verhältnis zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, das mit dem Görgülü-Beschluss 2004 ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt ist. Das Bundesverfassungsgericht führt in diesem Beschluss die Rechtsfigur der »wertenden Berücksichtigung« ein, um ein flexibles Instrument für die Umsetzung des Konventionsrechts unter Wahrung der eigenen Letztentscheidungskompetenz in der Hand zu haben. Der Autor analysiert die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und reflektiert ihre Folgen für die Umsetzung der Urteile des Gerichtshofs in Deutschland. Vor dem Hintergrund der »EMRK-Freundlichkeit« des Grundgesetzes kommt er zu dem Ergebnis, dass für deutsche Gerichte eine verfassungsrechtliche institutionelle Treuepflicht besteht, die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu beachten.

Malaviya, Nina

Verteilungsentscheidungen und Verteilungsverfahren

Zur staatlichen Güterverteilung in Konkurrenzsituationen

Band 4
2009. XII, 292 Seiten.
ISBN 9783161501289
fadengeheftete Broschur 64,00 €

In einer grundsätzlich freien Wirtschaft muss unmittelbare staatliche Güterverteilung als Fremdkörper erscheinen. Gleichwohl ist sie weit verbreitet und vielgestaltig; Knappheit und Konkurrenz sind dabei stets präsent. Nina Malaviya behandelt Verteilungsentscheidungen als bereichsübergreifendes verwaltungsrechtliches Phänomen. Ausgehend von den wesentlichen Gemeinsamkeiten beschäftigt sie sich mit den Grundlagen und dem Anwendungsbereich, den Verfahren und Kriterien sowie verfassungsrechtlichen Aspekten dieses staatlichen Allokationsinstruments. Verteilungsentscheidungen dienen einer Auswahl unter konkurrierenden Privaten, deren Interessen identisch sind; ihnen liegen multipolare Konkurrenzsituationen zugrunde. Eine der zentralen Thesen der vorliegenden Untersuchung lautet deshalb, dass Verteilungsverfahren als besonderer Typ des Verwaltungsverfahrens zu behandeln sind.

Globke, Christina

Die Auslieferung an den Internationalen Strafgerichtshof

Ein Beitrag zur Dogmatik des Art. 16 Abs. 2 GG

Band 3
2009. XXV, 407 Seiten.
ISBN 9783161501296
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Die seit 2000 geltende Fassung des Art. 16 Abs. 2 GG ermöglicht die Auslieferung von Deutschen auch an internationale Gerichtshöfe. Ausgehend von der Bindung der deutschen Staatsgewalten an die Verfassung erarbeitet Christina Globke eine dogmatische Konstruktion, die sowohl den Forderungen des Grundrechtsschutzes als auch den Anforderungen flexibler internationaler Zusammenarbeit gerecht wird. Die im Zentrum stehende Analyse der Art. 24 Abs. 1 und 16 Abs. 2 S. 2 GG zeigt, dass beiden Normen eine parallele dogmatische Konstruktion des Grundrechtsschutzes zu Grunde liegt. Durchgriff und Zugriff auf eine Person durch einen nichtdeutschen Hoheitsträger wirken sich in derselben Weise auf die Gewährleistungspflicht des deutschen Staates für die Grundrechte aus. Schließlich wird der Internationale Strafgerichtshof als der Hauptanwendungsfall unter die Tatbestandsmerkmale der untersuchten Artikel subsumiert.

Wollenschläger, Burkard

Wissensgenerierung im Verfahren

Band 2
2009. XX, 259 Seiten.
ISBN 9783161498909
Leinen 79,00 €

In bestimmten Bereichen des Öffentlichen Rechts muss die Verwaltung das erforderliche Wissen zur Anwendung der für sie maßgeblichen Normen erst erzeugen. Dem gegenüber wurde im hergebrachten Rechtsstaatsmodell dieses Wissen als in der staatlichen Organisation vorhanden und jedenfalls für ihren Zugriff bereitstehend vorausgesetzt. Stellen nunmehr gesetzliche Tatbestände kein abstraktes, inhaltlich determiniertes Entscheidungsprogramm mehr bereit, sondern delegieren die Wissensgenerierung an administrative Verfahren, erhält das Verfahrensrecht einen eigenständigen Auftrag. Anhand ausgewählter Verfahrenskonstellationen aus dem Regulierungs-, Risiko- und Kartellrecht geht Burkard Wollenschläger dieser Neuausrichtung des Verfahrensrechts nach. Er analysiert zunächst die Struktur relevanter Wissensbestände und untersucht, inwiefern sich die Wissensbasis in den jeweiligen Realbereichen gegenüber herkömmlichen Materien des Verwaltungsrechts verändert hat, in denen eine Koppelung von Gesetz und sozialer Konvention als Speicher staatlichen Wissens ein materiell determiniertes und gerichtlich kontrollierbares Verwaltungshandeln ermöglicht. Daraufhin wird thematisiert, wie das einfache Verfahrensrecht auf die Modifikationen des Realbereichs reagiert. Der Autor beschreibt allgemeine Verfahrenselemente und weist diese anhand konkreter Verfahrenskonstellationen in den jeweiligen Referenzgebieten nach. Schließlich untersucht er, welche Vorgaben dem Grundgesetz als verfahrensrechtlicher Metaebene für die Ausgestaltung der Verfahren zur Wissensgenerierung entnommen werden können und wo die verfassungsrechtlichen Grenzen für ein Modell administrativer Wissensgenerierung liegen.

Rusteberg, Benjamin

Der grundrechtliche Gewährleistungsgehalt

Eine veränderte Perspektive auf die Grundrechtsdogmatik durch eine präzise Schutzbereichsbestimmung

Band 1
2009. XIV, 291 Seiten.
ISBN 9783161498732
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Benjamin Rusteberg befasst sich mit der ebenso aktuellen wie grundlegenden Diskussion um die Reichweite grundrechtlicher Schutzbereiche und mit der Frage, ob diese eng oder weit zu ziehen sind. Er stellt dabei die These auf, dass – gegenüber der bisherigen Abwägungsdogmatik – eine sich an der den Grundrechten zu Grunde liegenden historischen Gefährdungslage orientierende, abstrakte Bestimmung des Schutzbereichs vorzugswürdig ist. So eröffnet er dem Leser eine gegenüber der aktuellen Sichtweise veränderte Perspektive auf die Grundrechte. Um deren Umsetzung in der praktischen Anwendung zu ermöglichen, entwickelt der Autor ein eigenständiges grundrechtsdogmatisches Anwendungs- und Prüfungsmodell, das als zentrales Element die neue Kategorie des grundrechtlichen Gewährleistungsgehalts einführt. Neben der ausführlichen dogmatischen Entwicklung dieses Modells werden die für die Fragestellung wichtigen historischen, verfassungstheoretischen und methodischen Grundlagen behandelt. Dabei nimmt der Autor die gegenwärtige Debatte um die richtige Schutzbereichsbestimmung auf und unterzieht die dort vertretenen Positionen einer kritischen Überprüfung, bei der die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Positionen deutlich werden. Anhand verschiedener ausgewählter Referenzgebiete, etwa dem Bereich des staatlichen Informationshandelns oder der Kunstfreiheit, werden die Thesen dann exemplifiziert und weiterentwickelt.